



# MINISTERIALBLATT

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

47. Jahrgang

Ausgegeben zu Düsseldorf am 15. April 1994

Nummer 25

## Inhalt

### I.

Veröffentlichungen, die in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

| Glied-Nr. | Datum       | Titel  | Seite |
|-----------|-------------|--|-------|
| 203031    | 9. 3. 1994  | VwVO d. Innenministeriums u. d. Finanzministeriums<br>Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Jubiläumszuwendungsverordnung . . . . .   | 472   |
| 20310     | 4. 3. 1994  | Gem. RdErl. d. Finanzministeriums u. d. Innenministeriums<br>Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1a zum BAT vom 14. Dezember 1993 . . . . .   | 472   |
| 20321     | 9. 3. 1994  | RdErl. d. Finanzministeriums<br>Richtlinien über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen an Verwaltungslehrlinge und Verwaltungspraktikanten (Unterhaltsbeihilferichtlinien – UBR) . . . . .                                 | 474   |
| 203204    | 8. 3. 1994  | RdErl. d. Finanzministeriums<br>Gewährung von Beihilfen in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen – Angemessenheit der von Heilhilfsberufen in Rechnung gestellten Beträge – . . . . .                                      | 474   |
| 21281     | 30. 6. 1993 | Bek. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales<br>Staatliche Anerkennung der Stadt Petershagen, Stadtteil Hopfenberg als „Luftkurort“ . . . . .  | 474   |
| 7861      | 9. 3. 1994  | RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft<br>Richtlinien über die Gewährung von Zuwendungen für Investitionen zur umweltfreundlichen Produktion in der Landwirtschaft und im Gartenbau . . . . .   | 476   |
| 79010     | 4. 3. 1994  | RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft<br>Entschädigung an Forstbetriebsbeamtinnen und Forstbetriebsbeamte der unteren Forstbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen für Arbeitszimmer . . . . . | 476   |
| 9221      | 10. 3. 1994 | RdErl. d. Ministeriums für Wirtschaft und Verkehr<br>Unterricht über das Verhalten im Straßenverkehr gemäß § 6 StVO . . . . .  | 477   |

### II.

Veröffentlichungen, die **nicht** in die Sammlung des bereinigten Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen (SMBL. NW.) aufgenommen werden.

| Datum       | Seite  |
|-------------|--|
|             | <b>Ministerpräsident</b>   |
| 9. 3. 1994  | Bek. – Honorargeneralkonsulat der Republik der Philippinen, Düsseldorf . . . . . 477   |
|             | <b>Innenministerium</b>  |
| 10. 3. 1994 | Bek. – Wahl zum Dreizehnten Deutschen Bundestag; Ernennung der Kreiswahlleiter und ihrer Stellvertreter . . . . . 477                        |
|             | <b>Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft</b>  |
| 8. 3. 1994  | RdErl. – Verzeichnis der Untersuchungsstellen nach § 3 Abs. 2 und 5 Klärschlammverordnung (Abf-KlärV) vom 15. April 1992 . . . . . 482       |
| 8. 3. 1994  | RdErl. – Tag der Umwelt am 5. Juni 1994 . . . . . 482  |
|             | <b>Landschaftsverband Rheinland</b>  |
| 2. 3. 1994  | Bek. – Jahresrechnung 1992 . . . . . 483   |
|             | <b>Landschaftsverband Rheinland<br/>Landschaftsverband Westfalen-Lippe</b>   |
| 10. 3. 1994 | Gem. Bek. – Bildung der 10. Landschaftsversammlung Rheinland und der 10. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe; Reservelisten . . . . . 483 |

**I.**

203031

**Verwaltungsverordnung  
zur Ausführung der Jubiläumszuwendungs-  
verordnung**

VwVO d. Innenministeriums – II A 1 – 1.34.02 – 0/93 –  
u. d. Finanzministeriums – B 2205 – 1.25 – IV A 3 –  
v. 9. 3. 1994

Die Verwaltungsverordnung zur Ausführung der Jubiläumszuwendungsverordnung vom 31. Juli 1963 (SMBL. NW. 203031) wird wie folgt geändert:

1. Die Nummer 1.12 erhält folgende Fassung:

- 1.12 Die Ehrenurkunde für Beamte des Landes bei Vollendung einer 25jährigen, 40jährigen und einer 50jährigen Dienstzeit lautet:

**Ehrenurkunde**

Herr/Frau

.....  
(Amts- oder Dienstbezeichnung)

.....  
(Vor- und Zuname)

hat am

.....  
(Datum)

eine fünfundzwanzigjährige/vierzigjährige/  
fünfzigjährige Dienstzeit  
vollendet.

Im Namen der Landesregierung  
spreche ich ihr/ihm  
für treue Pflichterfüllung  
im öffentlichen Dienst  
Dank und Anerkennung aus.

2. In Nummer 1.13 werden in Satz 1 die Wörter „des Dienstjubiläums“ durch die Wörter „der Vollendung der Dienstzeit“ ersetzt.

3. Nummer 3.27 wird gestrichen.

– MBL. NW. 1994 S. 472.

20310

**Tarifvertrag  
zur Änderung der Anlage 1a zum BAT  
vom 14. Dezember 1993**

Gem. RdErl. d. Finanzministeriums –  
B 4100 – 4.57 – IV 1 – u. d. Innenministeriums –  
II A 2 – 7.22.01 – 15/94 –  
v. 4. 3. 1994

**A.**

Nachstehenden Tarifvertrag, mit dem die Anlage 1a zum Bundesangestellten-Tarifvertrag (BAT) vom 23. 2. 1961, bekanntgegeben mit dem Gem. RdErl. d. Finanzministeriums u. d. Innenministeriums v. 24. 2. 1961 (SMBL. NW. 20310), geändert wird, geben wir bekannt:

**Tarifvertrag  
zur Änderung der Anlage 1a zum BAT  
vom 14. Dezember 1993**

**Zwischen**

der Bundesrepublik Deutschland,  
vertreten durch das Bundesministerium des Innern,

der Tarifgemeinschaft deutscher Länder,  
vertreten durch den Vorsitzenden des Vorstandes,  
der Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände,  
vertreten durch den Vorstand,  
einerseits  
und\*)

wird folgendes vereinbart:

**§ 1**

**Änderung der Anlage 1a zum BAT  
für den Bereich des Bundes  
und für den Bereich der Tarifgemeinschaft  
deutscher Länder**

Die Anlage 1a zum BAT für den Bereich des Bundes und für den Bereich der Tarifgemeinschaft deutscher Länder, zuletzt geändert durch den Tarifvertrag zur Änderung der Anlage 1a zum BAT vom 13. Dezember 1993, wird wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden in Teil II nach den Worten „S. Rettungsassistenten, Rettungsassistenten“ in einer neuen Zeile die Worte „T. Angestellte im Justizdienst“ eingefügt.
2. In Teil I (Allgemeiner Teil) werden
  - a) in Vergütungsgruppe VII die Fallgruppe 13,
  - b) in Vergütungsgruppe VIII die Fallgruppe 15 und
  - c) in Vergütungsgruppe IX b die Fallgruppe 13
 jeweils unter Beibehaltung der Fallgruppenbezeichnung gestrichen.
3. Dem Teil II wird der folgende Abschnitt T angefügt:

**„T. Angestellte im Justizdienst**

**I. Angestellte bei Gerichten und Staatsanwaltschaften**

.....

**II. Angestellte im allgemeinen Justizvollzugsdienst**

**Vergütungsgruppe Vc**

Angestellte im geschlossenen Vollzugsdienst, deren Tätigkeit sich dadurch aus der Vergütungsgruppe VII heraushebt, daß sie besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit erfordert,

nach sechsjähriger Bewährung  
in Vergütungsgruppe VIb Fallgruppe 1.

**Vergütungsgruppe VIb**

1. Angestellte im geschlossenen Vollzugsdienst nach mindestens dreijähriger Tätigkeit in der Vergütungsgruppe VII, deren Tätigkeit sich dadurch aus der Vergütungsgruppe VII heraushebt, daß sie besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit erfordert. (Besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit liegen vor, wenn die fachliche Aufsicht auf ein Mindestmaß beschränkt werden kann.)

2. Angestellte im offenen Vollzugsdienst nach mindestens dreijähriger Tätigkeit in der Vergütungsgruppe VII, deren Tätigkeit sich dadurch aus der Vergütungsgruppe VII heraushebt, daß sie besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit erfordert. (Besondere Erfahrung und Zuverlässigkeit liegen

\*) Gleichlautende Tarifverträge sind abgeschlossen worden mit der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

– Hauptvorstand –,  
diese zugleich handelnd für die  
– Gewerkschaft der Polizei,  
– Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft,  
– Gewerkschaft Gartenbau, Land- und Forstwirtschaft  
und

der Tarifgemeinschaft für Angestellte im öffentlichen Dienst

– Deutsche Angestellten-Gewerkschaft (DAG)  
– Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD)  
– Marburger Bund (MB)

Der Abschluß von inhaltsgleichen Tarifverträgen und von Anschlußtarifverträgen zu diesem Tarifvertrag mit anderen Gewerkschaften wird jeweils in Teil II des MBL. NW. bekanntgegeben.

vor, wenn die fachliche Aufsicht auf ein Mindestmaß beschränkt werden kann.) – Fußnote –

### 3. Angestellte im offenen oder geschlossenen Vollzugsdienst mit selbständiger Tätigkeit

nach sechsjähriger Bewährung in Vergütungsgruppe VII.

#### Fußnote:

Diese Angestellten erhalten nach sechsjähriger Bewährung in dieser Fallgruppe eine monatliche Vergütungsgruppenzulage in Höhe von 5 v.H. der Anfangsgrundvergütung (§ 27 Abschn. A Abs. 1) der Vergütungsgruppe VIb. Bei der Berechnung sich ergebende Bruchteile eines Pfennigs unter 0,5 sind abzurunden, Bruchteile von 0,5 und mehr sind aufzurunden. Die Vergütungsgruppenzulage gilt bei der Bemessung des Sterbegeldes (§ 41) und des Übergangsgeldes (§ 63) als Bestandteil der Grundvergütung.

#### Vergütungsgruppe VII

Angestellte im offenen oder geschlossenen Vollzugsdienst mit selbständiger Tätigkeit. \*

#### Vergütungsgruppe VIII

Angestellte im offenen oder geschlossenen Vollzugsdienst, soweit nicht anderweitig eingruppiert. \*

#### Vergütungsgruppe IXb

Angestellte im offenen oder geschlossenen Vollzugsdienst während einer Einarbeitungszeit von höchstens sechs Monaten.“

#### § 2

Übergangsvorschrift für die unter Teil II Abschn. T Unterabschn. II der Anlage 1a zum BAT (Bund/TdL) fallenden Angestellten

Für die unter Teil II Abschn. T Unterabschn. II der Anlage 1a zum BAT (Bund/TdL) fallenden Angestellten, die am 31. Dezember 1993 in einem Arbeitsverhältnis stehen, das am 1. Januar 1994 zu demselben Arbeitgeber fortbesteht, gilt für die Dauer dieses Arbeitsverhältnisses folgendes:

1. Erhält der Angestellte am 31. Dezember 1993 Vergütung (§ 26 BAT) aus einer höheren Vergütungsgruppe, als aus der Vergütungsgruppe, in der er nach diesem Tarifvertrag eingruppiert ist, wird diese Vergütung durch das Inkrafttreten dieses Tarifvertrages nicht berührt.
2. Hängt die Eingruppierung oder der Anspruch auf eine Vergütungsgruppenzulage (Fußnotenzulage) nach diesem Tarifvertrag von der Zeit einer Bewährung in einer bestimmten Vergütungs- und Fallgruppe ab, wird die vor dem 1. Januar 1994 zurückgelegte Zeit so berücksichtigt, wie sie zu berücksichtigen wäre, wenn dieser Tarifvertrag bereits seit dem Beginn des Arbeitsverhältnisses gegolten hätte.

#### § 3

Übergangsvorschrift für die unter das MTA-Gesetz fallenden Angestellten

Auf die Angestellten, die die Erlaubnis zur Führung einer Berufsbezeichnung nach § 1 des Gesetzes über technische Assistenten in der Medizin (MTA-Gesetz – MTAG) vom 2. August 1993 (BGBl. I S. 1402) besitzen, werden bis zu einer anderweitigen tariflichen Regelung die Tätigkeitsmerkmale für medizinisch-technische Assistentinnen des Teils II Abschn. D der Anlage 1a zum BAT (Bund/TdL) bzw. der Anlage 1a zum BAT i. d. F. des § 2 des Tarifvertrages zur Änderung und Ergänzung der Anlage 1a zum BAT (Angestellte in medizinischen Hilfsberufen und medizinisch-technischen Berufen) vom 5. August 1971 (VKA) angewendet.

#### § 4

Inkrafttreten

Dieser Tarifvertrag tritt am 1. Januar 1994 in Kraft.

Bonn, den 14. Dezember 1993

#### B.

Zur Durchführung des Tarifvertrages weisen wir auf folgendes hin:

#### I.

Mit dem Tarifvertrag sind besondere Tätigkeitsmerkmale für Angestellte im Justizvollzugsdienst in Teil II der

Anlage 1a zum BAT in dem neuen Abschnitt T als Unterabschnitt II eingebracht worden.

Der Unterabschnitt I des Abschnitts T ist für Angestellte bei Gerichten und Staatsanwaltschaften vorgesehen. Neue Tätigkeitsmerkmale sind jedoch für diese Angestellten noch nicht vereinbart. Für die Angestellten bei Gerichten und Staatsanwaltschaften gelten deshalb vorerst die einschlägigen Tätigkeitsmerkmale des Allgemeinen Teils (Verg.Gr. IX b Fallgruppe 28, Verg.Gr. VIII Fallgruppe 13, Verg.Gr. VII Fallgruppen 9, 42 b und 42 c, Verg.Gr. VI b Fallgruppen 41 und 42 sowie Verg.Gr. V c Fallgruppe 14) weiter.

#### II.

1. Nach der Übergangsvorschrift in § 3 des Tarifvertrages werden auf die Angestellten, die die Erlaubnis zur Führung einer Berufsbezeichnung nach § 1 MTAG besitzen, bis zu einer anderweitigen tariflichen Regelung die Tätigkeitsmerkmale für medizinisch-technische Assistentinnen des Teils II Abschn. D der Anlage 1a zum BAT (Bund/TdL) angewendet.

Durch diese tarifliche Übergangsvorschrift wird sichergestellt, daß medizinisch-technische Laboratoriumsassistenten, medizinisch-technische Radiologieassistenten und veterinärmedizinisch-technische Assistenten wie bisher nach den einschlägigen Tätigkeitsmerkmalen eingruppiert sind.

2. Außerdem sind aufgrund dieser Übergangsvorschrift i. V. m. den Übergangsregelungen des MTAG ab 1. Januar 1994 bei entsprechender Tätigkeit auch diejenigen Angestellten nach den Tätigkeitsmerkmalen für medizinisch-technische Assistenten eingruppiert, die eine nach den Regeln der ehemaligen DDR erteilte Erlaubnis als medizinisch-technischer Assistent für Funktionsdiagnostik besitzen und bisher durch den Einigungsvertrag den medizinisch-technischen Assistenten nicht gleichgestellt waren. Medizinisch-technische Assistenten für Funktionsdiagnostik sind ab 1. Januar 1994 nach den Tätigkeitsmerkmalen für medizinisch-technische Assistenten eingruppiert. Soweit die Tätigkeitsmerkmale eine Eingruppierung nach sechsmonatiger Berufsausübung nach erlangter staatlicher Erlaubnis oder einen Fallgruppenaufstieg vorsehen, können bei der Feststellung der anrechenbaren Zeiten jedoch nur solche Zeiten berücksichtigt werden, die nach dem Wirksamwerden der durch das MTAG erfolgten Gleichstellung liegen, mithin also nur Zeiten ab dem 1. Januar 1994.

Die vorstehenden Ausführungen gelten für Angestellte, die eine nach den Vorschriften der ehemaligen DDR durchgeführte Ausbildung zum „Veterinäringenieur für Labordiagnostik“ abgeschlossen und auf Antrag die Erlaubnis zur Führung der Berufsbezeichnung nach § 1 Nr. 4 MTAG erhalten haben, ab dem Zeitpunkt der Erteilung der Erlaubnis entsprechend (§ 13 Abs. 7 MTAG in Verbindung mit § 3 des Tarifvertrages).

Auf medizinisch-technische Gehilfen, die eine Erlaubnis nach § 16 des jetzt außer Kraft getretenen „Gesetz über technische Assistenten in der Medizin“ (MTA-G) vom 8. September 1971 besitzen und diese Berufsbezeichnung nach § 13 Abs. 8 MTAG vom 2. August 1993 weiterführen dürfen, finden die bisher einschlägigen Tätigkeitsmerkmale weiterhin Anwendung.

#### III.

In Abschnitt II Nr. 37 d des Gem. RdErl. d. Finanzministeriums u. d. Innenministeriums v. 24. 4. 1961 (SMBl. NW. 20310) werden die folgenden Hinweise angefügt:

#### Zu Teil II Abschn. T

##### Zu Unterabschnitt II

##### Zu Vergütungsgruppe IXb

Die Einarbeitungszeit, die höchstens 6 Monate betragen darf, kann im Einzelfall auch einen geringeren Zeitraum umfassen; ggf. kann auf sie auch verzichtet werden.

## Zu Vergütungsgruppe VII

Das Tätigkeitsmerkmal der Vergütungsgruppe VII ist mit einem Sternchen (Hinweiszeichen \*) versehen, d. h., neben dem Fallgruppenaufstieg ist auch der Bewährungsaufstieg nach § 23 a in die Vergütungsgruppe VII (Fallgruppe 2) des Allgemeinen Teils nach neunjähriger Bewährung möglich. Der Aufstieg nach § 23 a kann dann günstiger sein, wenn der Angestellte z. B. vor seinem Einsatz im Vollzugsdienst mit anderen nach Vergütungsgruppe VII bewerteten Aufgaben betraut war, die im Rahmen des § 23 a über den reinen Fallgruppenaufstieg hinaus berücksichtigt werden können.

– MBl. NW. 1994 S. 472.

20321

**Richtlinien  
über die Gewährung von Unterhaltsbeihilfen  
an Verwaltungslehrlinge  
und Verwaltungspraktikanten  
(Unterhaltsbeihilferichtlinien – UBR –)**

RdErl. d. Finanzministeriums v. 9. 3. 1994 –  
B 2222 – 2.1 – IV A 3

Nummer 3 meines RdErl. v. 21. 1. 1963 (SMBL. NW. 20321) erhält mit Wirkung vom 1. Mai 1993 folgende Fassung:

Die Unterhaltsbeihilfe beträgt

- |                                |                |
|--------------------------------|----------------|
| a) für Verwaltungslehrlinge    | 788,- DM mtl., |
| b) für Verwaltungspraktikanten | 834,- DM mtl.  |

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

– MBl. NW. 1994 S. 474.

203204

**Gewährung von Beihilfen  
in Krankheits-, Geburts- und Todesfällen  
– Angemessenheit der von Heilhilfsberufen in Rechnung  
gestellten Beträge –**

RdErl. d. Finanzministeriums v. 8. 3. 1994 –  
B 3100 – 3.1.6.1 – IV A 4

## I.

In Abschnitt X meines RdErl. v. 19. 12. 1991 (SMBL. NW. 203204) wird hinter Nummer 54 folgende Nummer 55 angefügt:

- |    |  |       |
|----|--|-------|
| 55 | Erweiterte ambulante Physiotherapie <sup>10), 11)</sup><br>– nur nach Verordnung von Ärzten mit der Gebiets- oder Bereichsbezeichnung „Arzt für Chirurgie“, „Arzt für Orthopädie“ oder „Arzt für physikalische und rehabilitative Medizin“ mit Erfahrungen in der unfall- und sportmedizinischen Behandlung –<br>Mindestbehandlungsdauer 120 Minuten | 160,- |
|----|--|-------|

<sup>10)</sup> Einzelleistungen nach den Nummern 1 bis 54 sind daneben nicht beihilfefähig.

<sup>11)</sup> Darf nur nach besonderer Weiterbildung (z. B. Bobath, Vojta, PNF, Cyriax, Brügger, manuelle Therapie, medizinische Trainingstherapie, Lymphdrainage und spezielle Elektrotherapie) anerkannt werden.

## II.

Bei der erweiterten ambulanten Physiotherapie handelt es sich um eine Behandlungsmethode, die Behandlungselemente der physikalischen Therapie, der Krankengymnastik und der medizinischen Trainingstherapie individuell einsetzt, um schnellstmöglich einen körperlichen Genesungszustand herbeizuführen und Verletzungsfolgen sowie chronische Erkrankungen rasch und dauerhaft zu überwinden. Um Erfahrungen hinsichtlich der Kosten dieser neuen Behandlungsmethode zu sammeln, bitte ich, mir zum 31. 12. 1994 und 31. 12. 1995 jeweils auf dem Dienstweg mitzuteilen, in wie vielen Fällen und für welche Dauer Aufwendungen für die erweiterte ambulante Physiotherapie als beihilfefähig anerkannt wurden; dabei sind – anonymisiert – die Diagnosen und die Therapiepläne, aus denen sich auch die Dauer der Behandlung ergeben muß, beizufügen.

Im Einvernehmen mit dem Innenministerium.

– MBl. NW. 1994 S. 474.

21281

**Staatliche Anerkennung der Stadt Petershagen  
Stadtteil Hopfenberg  
als „Luftkurort“**

Bek. d. Ministeriums für Arbeit, Gesundheit  
und Soziales v. 30. 6. 1993 –  
I A 4 – 0531.43

Aufgrund des § 1 Abs. 1 und des § 4 Abs. 5 des Kurortgesetzes vom 8. Januar 1975 (GV. NW. S. 12), zuletzt geändert durch Gesetz vom 26. Juni 1984 (GV. NW. S. 370) – SGV. NW. 21281 –, habe ich der Stadt Petershagen für den Stadtteil Hopfenberg die Artbezeichnung Luftkurort verliehen und die Kurgiebtsgrenzen festgesetzt.

Die Anlagen 1 und 2 – textliche Darstellung der Kurgiebtsgrenzen und zeichnerische Darstellung des Kurgiebtes – sind Bestandteil dieses Erlasses.

Anlagen  
1 und 2

## Anlage 1

**Textliche Darstellung der Kurgiebtsgrenze**

Das anerkannte Kurgiebt wird wie folgt begrenzt:

- |           |   |
|-----------|---|
| Im Westen | durch die Ostgrenze der Bundesstraße 61   |
| Im Süden  | durch die Nordgrenze der Eldagser Straße in Verlängerung des Weges zur Pumpstation  |
| Im Osten  | durch die Ostgrenze des Weges, der parallel zur Weser verläuft  |
| Im Norden | durch den Mühlenweg von der B 61 bis zur Kreuzung Bremer Straße/Kreisstraße in Verlängerung Richtung Osten bis zum Wirtschaftsweg, der parallel zur Weser verläuft. |



Auszug aus der topographischen Karte  
(Meßtischblatt)  
M 1 : 25 000

— Umgrenzung des Kurgebietes

— MBL NW. 1994 S. 474.

7861

**Richtlinien  
über die Gewährung von Zuwendungen  
für Investitionen  
zur umweltfreundlichen Produktion  
in der Landwirtschaft und im Gartenbau**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt,  
Raumordnung und Landwirtschaft v. 9. 3. 1994 –  
II A 3-2114/21

Mein RdErl. v. 22. 5. 1990 (SMBl. NW. 7861) wird wie folgt geändert und ergänzt:

1. Die Nummer 4.2 erhält folgende Fassung:

4.2 Maßnahmen nach Nummern 2.1, 2.5 und 2.6 werden nur gefördert, soweit der jeweilige Höchstbetrag der Zuwendung nicht durch Zuwendungen aus einem gleichzeitig zu stellenden Antrag auf

- Förderung von baulichen Maßnahmen in Althöfen, Aussiedlungen, Teil- und Betriebszweigaussiedlungen in der Landwirtschaft (EFP) – RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 5. 8. 1986 (SMBl. NW. 7861) –

oder

- Förderung von Investitionen in landwirtschaftlichen Betrieben im Rahmen des Agrarkreditprogramms (AKP) – RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft v. 24. 3. 1986 (SMBl. NW. 7861) –

überschritten wird.

Der Förderrahmen nach dem EFP und dem AKP ist auszuschöpfen. Der im EFP bewilligte Grundzuschuß oder die im AKP bewilligte Zuwendung wird auf den in diesem Förderprogramm zu gewährenden Zuwendungsbetrag angerechnet.

Wegen der geringen Zuschußhöhe gilt für Maßnahmen nach Nummern 2.2, 2.3 und 2.4 diese Regelung nur dann, wenn sie gleichzeitig mit zuwendungsfähigen Investitionen nach den Nummern 2.1, 2.5 oder 2.6 getätigt werden oder gleichzeitig mit anderen zuwendungsfähigen Investitionen nach dem EFP oder AKP getätigt und gefördert werden sollen.

2. Die Nummer 4.3.4 erhält folgende Fassung:

4.3.4 die Investitionen mit Ausnahme der Nummer 2.3 nicht zu einer Erhöhung der Produktionskapazitäten im Bereich der Milchkuh- oder Schweinehaltung führen, sowie im Bereich der Rindfleisch-erzeugung die Bestimmungen nach Artikel 6, Abs. 5 der Verordnung (EWG) Nummer 2328/91 des Rates vom 15. 7. 1991 erfüllt werden.

3. In Nummer 5.4 wird folgender Absatz angefügt:

Die Kosten für eine Unterstellagerung der Gülle bis Oberkante Güllekeller bei Stallneubauten werden nur bis zu 80 v. H. berücksichtigt.

4. Die Nummer 6.3 erhält folgende Fassung:

6.3 Es werden nur Betriebe oder Betriebsteile gefördert, soweit für die zu fördernden Maßnahmen die notwendige bauaufsichtliche Genehmigung (dazu zählt auch die positiv beschiedene Bauvoranfrage) bei der Bewilligung vorliegt.

5. Es wird folgende Nummer 6.4 angefügt:

6.4 Wird für Maßnahmen nach diesen Richtlinien die Erstellung eines Betriebsverbesserungsplanes vorgeschrieben oder eine Buchführung verlangt, gilt diese nur, falls sie nicht bereits durch den EFP-Antrag vorgeschrieben sind. In diesem Falle hat sich der Zuwendungsempfänger für die Dauer von 6 Jahren zur Buchführung zu verpflichten.

6. Die Anlage 2 „Antrag auf Gewährung einer Zuwendung“ wird wie folgt geändert:

6.1 Der Text der Nummer 6.1.2 entfällt. Die Nummer 6.1.2 bleibt frei.

6.2 Die Nummer 6.1.11 erhält folgende Fassung:

6.1.11 mir/uns bekannt ist, daß die Zuwendungen, insbesondere bei Nichteinhaltung der übernommenen Verpflichtungen sowie bei Verstößen gegen gesetzliche Bestimmungen, zurückgefordert werden können. Der Erstattungsanspruch ist mit seiner Entstehung fällig und von diesem Zeitpunkt an mit 3 v. H. über dem jeweiligen Diskontsatz der Deutschen Bundesbank zu verzinsen.

7. Die Anlage 3 „Zuwendungsbescheid“ wird wie folgt geändert:

7.1 In Nummer 7 werden im ersten Satz die Worte „ANBest-P/NBest-Bau“ ersetzt durch die Worte „ANBest-P mit Ausnahme der Nummer 3“ und der letzte Absatz wird gestrichen.

8. Dieser RdErl. tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1994 in Kraft.

– MBl. NW. 1994 S. 476.

79010

**Entschädigung an Forstbetriebsbeamtinnen  
und Forstbetriebsbeamte der unteren  
Forstbehörden des Landes Nordrhein-Westfalen  
für Arbeitszimmer**

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft v. 4. 3. 1994 –  
III A 1 13-07-00.01

Auf Grund des § 5 Landesbesoldungsgesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 19. März 1982 (GV. NW. S. 216), zuletzt geändert durch Gesetz vom 6. Juli 1993 (GV. NW. S. 464), – SGV. NW. 20320 – wird im Einvernehmen mit dem Finanzministerium bestimmt:

1 Forstbetriebsbeamtinnen und Forstbetriebsbeamte mit Dienstbezirk sowie Forstbeamtinnen und Forstbeamte der unteren Forstbehörden, denen ein zur Dienstaussübung zwingend benötigtes Arbeitszimmer seitens der Verwaltung nicht gestellt werden kann, unterhalten in ihren Wohnungen Arbeitszimmer, die so gut wie ausschließlich für dienstliche Zwecke genutzt werden.

1.1 Arbeitszimmer stehen zur Erledigung schriftlicher Arbeiten, Aufbewahrung von Akten und Abwicklung des Parteienverkehrs sowie für Ausbildungszwecke zur Verfügung (Innendienstgeschäfte). Das Arbeitszimmer sollte im Durchschnitt 12,5 qm groß sein.

1.2 Soweit die Arbeitszimmer zu Dienstwohnungen gehören, sind sie in die Berechnungen der Dienstwohnungsgütung einzubeziehen.

2 Für die Gestellung eines Arbeitszimmers erhalten die unter Nummer 1 Genannten eine monatlich im voraus zu zahlende steuerfreie Aufwandsentschädigung. Sie setzt sich aus dem Grundbetrag und dem Mietausgleich zusammen.

2.1 Grundbetrag

Zur Abgeltung der Kosten insbesondere für Reinigung, Beleuchtung, Heizung und Abnutzung der Einrichtungsgegenstände erhalten die in Nummer 1 Genannten einen Grundbetrag in Höhe von 80 DM.

2.2 Mietausgleich

Für die Raumbenutzung als Arbeitszimmer in Dienstwohnungen wird ein Mietausgleich in Höhe von 40 DM gezahlt.

Für die Raumbenutzung als Arbeitszimmer in Landesmietwohnungen wird ein Mietausgleich in Höhe von 60 DM gezahlt.

Für die Raumbenutzung als Arbeitszimmer in privaten Wohnungen wird ein Mietausgleich in Höhe von 80 DM gezahlt.

2.3 Die Höheren Forstbehörden veranlassen die Zahlung. Die Entschädigung ist bei Tit. 422 10 (Bezüge der Beamtinnen und Beamten) zu buchen.

- 3 Die Aufwandsentschädigung wird vom Ersten des Monats an gezahlt, der auf das für die Zahlung maßgebende Ereignis folgt. Tritt das maßgebende Ereignis mit Wirkung vom Ersten eines Monats ein, wird die Entschädigung schon für diesen Monat gezahlt.
- 3.1 Die Aufwandsentschädigung ist auch bei Dienstbehinderung der Beamtin oder des Beamten durch anderweitige Verwendung, Krankheit, Urlaub usw. zu zahlen, wenn das Arbeitszimmer der Vertretung zur Verfügung gestellt wird. Wird das Arbeitszimmer nicht zur Verfügung gestellt, ist die Aufwandsentschädigung jeden Tag um 5 DM bis maximal zur Betragshöhe der monatlich zustehenden Aufwandsentschädigung zu kürzen.
- 3.2 Die Aufwandsentschädigung wird bis zum Ende des Monats gezahlt, in dem das für den Wegfall der Entschädigung maßgebende Ereignis eingetreten ist. Tritt das maßgebende Ereignis mit Wirkung vom Ersten des Monats ein, wird die Zahlung mit Ablauf des vorhergehenden Monats eingestellt.
- 4 Die Nummern 1 bis 3 gelten für Angestellte mit entsprechender Tätigkeit sinngemäß.
- 5 **Schlußbestimmungen**
- 5.1 Dieser Erlass tritt mit Wirkung v. 1. Januar 1994 in Kraft.
- 5.2 Gleichzeitig tritt der RdErl. v. 31. 5. 1974 (SMBL. NW. 79010) außer Kraft.

– MBL. NW. 1994 S. 476.

9221

**Unterricht über das Verhalten im Straßenverkehr gemäß § 6 StVO**

RdErl. d. Ministeriums für Stadtentwicklung  
und Verkehr v. 10. 3. 1994 –  
III C 2–22–48

Die RdErl. d. Ministers für Wirtschaft und Verkehr v. 20. 9. 1958 und 20. 9. 1960 (SMBL. NW. 9221) werden hiermit aufgehoben.

– MBL. NW. 1994 S. 477.

**II.****Ministerpräsident****Honorargeneralkonsulat der Republik der Philippinen, Düsseldorf**

Bek. d. Ministerpräsidenten v. 9. 3. 1994 –  
II B 6 – 443 a – 1/80

Die Bundesregierung hat der Erweiterung des Konsularbezirks und der Ranganhebung der honorarkonsularischen Vertretung der Republik der Philippinen in Düsseldorf zugestimmt und Herrn Karl-Heinz Stockheim am 25. 2. 1994 das erweiterte Exequatur als Honorargeneralkonsul erteilt.

Der Konsularbezirk umfaßt nunmehr die Länder Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland.

– MBL. NW. 1994 S. 477.

**Innenministerium****Wahl zum Dreizehnten Deutschen Bundestag****Ernennung der Kreiswahlleiter und ihrer Stellvertreter**

Bek. d. Innenministeriums v. 10. 3. 1994 – I A 4/20 – 15.94.12

Aufgrund des § 9 des Bundeswahlgesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 23. Juli 1993 (BGBl. I S. 1288, 1594), geändert durch Gesetz vom 28. Januar 1994 (BGBl. I S. 142), in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Wahlorgane für die Bundestagswahlen und die Europawahlen vom 13. Dezember 1988 (GV. NW. S. 536/SGV. NW. 1113) habe ich zu Kreiswahlleitern und zu ihren Stellvertretern ernannt:

| Lfd. Nr. | Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises | Name, Vorname und Amtsbezeichnung<br>a) des Kreiswahlleiters<br>b) des Stellvertreters     | Dienststelle und Anschrift                                 | 1. Telefonanschluß<br>2. Fernschreibanschluß<br>3. Telefaxanschluß |
|----------|--|--|--|--|
| 1        | Aachen                                 | (53) a) Dr. Berger, Heiner<br>Oberstadtdirektor<br>b) Witt, Joachim<br>Stadtdirektor       | Stadtverwaltung<br>Rathaus<br>Markt<br>52058 Aachen        | 1. (0241) 4320<br>2. 832654<br>3. (0241) 4328000                   |
| 2        | Kreis Aachen                           | (54) a) Dr. Fricke, Walter<br>Oberkreisdirektor<br>b) Etschenberg, Helmut<br>Kreisdirektor | Kreisverwaltung<br>Zollernstraße 10<br>52070 Aachen        | 1. (0241) 51981<br>2. 832786<br>3. (0241) 533190                   |
| 3        | Heinsberg                              | (55) a) Dr. Thönnissen, Leo<br>Oberkreisdirektor<br>b) Jansen, Michael<br>Kreisdirektor    | Kreisverwaltung<br>Valkenburger Str. 45<br>52525 Heinsberg | 1. (02452) 130<br>2. 8329319<br>3. (02452) 13501                   |
| 4        | Düren                                  | (56) a) Hüttemann, Josef<br>Oberkreisdirektor<br>b) Dr. Beyer, Wolfgang<br>Kreisdirektor   | Kreisverwaltung<br>Bismarckstraße 16<br>52351 Düren        | 1. (02421) 1291<br>2. 833800<br>3. (02421) 129345                  |
| 5        | Erfthkreis I                           | (57) a) Bell, Wolfgang<br>Oberkreisdirektor<br>b) Hoffmann, Günter<br>Kreisdirektor        | Kreisverwaltung<br>Willy-Brandt-Platz 1<br>50126 Bergheim  | 1. (02271) 830<br>2. 888717<br>3. (02271) 832300                   |

| Lfd. Nr. | Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises    |                              | Name, Vorname und Amtsbezeichnung<br>a) des Kreiswahlleiters<br>b) des Stellvertreters                 | Dienststelle und Anschrift                                       | 1. Telefonanschluß<br>2. Fernschreibanschluß<br>3. Telefaxanschluß |
|----------|---|------------------------------|--|--|--|
| 6        | Euskirchen-Erftkreis II                   | (58)                         | a) Dr. Wolf, Ingo<br>Oberkreisdirektor<br>b) Schumacher, Fritz<br>Kreisdirektor                        | Kreisverwaltung<br>Jülicher Ring 32<br>53879 Euskirchen          | 1. (02251) 150<br>2. 8869181<br>3. (02251) 73742                   |
| 7        | Köln I<br>Köln II<br>Köln III<br>Köln IV  | (59)<br>(60)<br>(61)<br>(62) | a) Ruschmeier, Lothar<br>Oberstadtdirektor<br>b) Fruhner, Klaus-Otto<br>Beigeordneter                  | Stadtverwaltung<br>Bürgerstr. 2<br>50667 Köln                    | 1. (0221) 2211<br>2. 172214105<br>3. (0221) 2216570                |
| 8        | Bonn                                      | (63)                         | a) Diekmann, Dieter<br>Oberstadtdirektor<br>b) Schreiber, Reiner<br>Stadtdirektor                      | Stadtverwaltung<br>Berliner Platz 2<br>53103 Bonn                | 1. (0228) 771<br>2. 886861<br>3. (0228) 773635                     |
| 9        | Rhein-Sieg-Kreis I<br>Rhein-Sieg-Kreis II | (64)<br>(65)                 | a) Dr. Kiwit, Walter<br>Oberkreisdirektor<br>b) Lohr, Monika<br>Kreisdirektorin                        | Kreisverwaltung<br>Kaiser-Wilhelm-Platz 1<br>53721 Siegburg      | 1. (02241) 131<br>2. 2241408<br>3. (02241) 132179                  |
| 10       | Oberbergischer Kreis                      | (66)                         | a) Dr. Ammermann, Gert<br>Oberkreisdirektor<br>b) Richter, Michael<br>Kreisdirektor                    | Kreisverwaltung<br>Moltkestraße 42<br>51643 Gummersbach          | 1. (02261) 880<br>2. 884418<br>3. (02261) 881122                   |
| 11       | Rheinisch-Bergischer Kreis I              | (67)                         | a) Dr. Kroneberg, Jürgen<br>Oberkreisdirektor<br>b) Ebel, Knut-Georg<br>Kreisdirektor                  | Kreisverwaltung<br>Am Rübezahlwald 7<br>51462 Bergisch Gladbach  | 1. (02202) 131<br>2. 887733<br>3. 132600                           |
| 12       | Leverkusen-Rheinisch-Bergischer Kreis II  | (68)                         | a) Dr. Mende, Walter-Rainer<br>Oberstadtdirektor<br>b) Dr. Schulze-Olden,<br>Wolfgang<br>Stadtdirektor | Stadtverwaltung<br>Friedrich-Ebert-Platz 1<br>51311 Leverkusen   | 1. (0214) 3521<br>2. 8510236<br>3. (0214) 3523327                  |
| 13       | Wuppertal I<br>Wuppertal II               | (69)<br>(70)                 | a) Dr. Cornelius, Joachim<br>Oberstadtdirektor<br>b) Martens, Hauke<br>Beigeordneter                   | Stadtverwaltung<br>Wegnerstraße 7<br>42275 Wuppertal             | 1. (0202) 5631<br>2. 8591871<br>3. (0202) 5638020                  |
| 14       | Solingen-Remscheid                        | (71)                         | a) Dr. Deubel, Ingolf<br>Oberstadtdirektor<br>b) Dehl, Hans-Heinrich<br>Stadtdirektor                  | Stadtverwaltung<br>Potsdamer Str. 41<br>42651 Solingen           | 1. (0212) 2900<br>2. 8514777<br>3. (0212) 2902109                  |
| 15       | Mettmann I<br>Mettmann II                 | (72)<br>(73)                 | a) Wirtz, Robert<br>Oberkreisdirektor<br>b) Stang, Heinrich<br>Kreisdirektor                           | Kreisverwaltung<br>Düsseldorfer Str. 26<br>40822 Mettmann        | 1. (02104) 990<br>2. 8581176<br>3. (02104) 994022                  |
| 16       | Düsseldorf I<br>Düsseldorf II             | (74)<br>(75)                 | a) Dr. Hölz, Peter<br>Oberstadtdirektor<br>b) Meisen, Helmut<br>Beigeordneter                          | Stadtverwaltung<br>Marktplatz 2<br>40200 Düsseldorf              | 1. (0211) 8991<br>2. 8582921<br>3. (0211) 8929002                  |
| 17       | Neuss I<br>Neuss II                       | (76)<br>(77)                 | a) Salomon, Klaus-Dieter<br>Oberkreisdirektor<br>b) Patt, Dieter<br>Kreisdirektor                      | Kreisverwaltung<br>Meererhof 1<br>41456 Neuss                    | 1. (02181) 6010<br>2. 8517188<br>3. (02181) 6012400                |
| 18       | Mönchengladbach                           | (78)                         | a) Semmler, Jochen<br>Oberstadtdirektor<br>b) Dr. Gathen, Antonius<br>Beigeordneter                    | Stadtverwaltung<br>Weiherstr. 21<br>41050 Mönchengladbach        | 1. (02161) 250<br>2. 852788<br>3. (02161) 252519                   |
| 19       | Krefeld                                   | (79)                         | a) Vogt, Heinz-Josef<br>Oberstadtdirektor<br>b) Dr. Stienen, Karl-Heinz<br>Stadtdirektor               | Stadtverwaltung<br>Konrad-Adenauer-<br>Platz 17<br>47727 Krefeld | 1. (02151) 861<br>2. 853630<br>3. (02151) 862034                   |
| 20       | Viersen                                   | (80)                         | a) Dr. Vollert, Hans-Christian<br>Oberkreisdirektor<br>b) Frentzen, Dirk<br>Kreisdirektor              | Kreisverwaltung<br>Rathausmarkt 3<br>41747 Viersen               | 1. (02162) 390<br>2. 8518717<br>3. (02162) 391803                  |



| Lfd. Nr. | Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises                      | Name, Vorname und Amtsbezeichnung<br>a) des Kreiswahlleiters<br>b) des Stellvertreters                       | Dienststelle und Anschrift   | 1. Telefonanschluß<br>2. Fernschreibanschluß<br>3. Telefaxanschluß |
|----------|---|--|--|--|
| 21       | Kreis Kleve   | (81) a) Kersting, Rudolf<br>Oberkreisdirektor<br>b) Mörs, Norbert<br>Kreisdirektor                           | Kreisverwaltung<br>Nassauer Allee 15–23<br>47515 Kleve             | 1. (02821) 8 50<br>2. 8 11 857<br>3. (02821) 85 10                 |
| 22       | Wesel I<br>Wesel II   | (82) a) Dr. Brocke, Helmut<br>Oberkreisdirektor<br>(83) b) Dr. Kutsch, Carl<br>Kreisdirektor                 | Kreisverwaltung<br>Reeser Landstraße 31<br>46483 Wesel             | 1. (0281) 20 70<br>2. 8 12 800<br>3. (0281) 2 07 29 47             |
| 23       | Duisburg I<br>Duisburg II                                   | (84) a) Dr. Klein, Richard R.<br>Oberstadtdirektor<br>(85) b) Giersch, Norbert<br>Stadtdirektor              | Stadtverwaltung<br>Burgplatz 19<br>47051 Duisburg                  | 1. (0203) 28 30<br>2. 2 03 314<br>3. (0203) 2 83 39 76             |
| 24       | Oberhausen  | (86) a) Drescher, Burkhard<br>Oberstadtdirektor<br>b) Damerius, Ruth<br>Stadtdirektorin                      | Stadtverwaltung<br>Schwartzstraße 72<br>46042 Oberhausen           | 1. (0208) 82 51<br>2. 8 56 898<br>3. (0208) 85 52 74               |
| 25       | Mülheim an der Ruhr   | (87) a) Gerlach, Ernst<br>Oberstadtdirektor<br>b) Gawlik, Oda-Gerlind<br>Beigeordnete                        | Stadtverwaltung<br>Ruhrstr. 30–32<br>45466 Mülheim<br>an der Ruhr  | 1. (0208) 45 51<br>2. –<br>3. (0208) 4 55 47 64 80                 |
| 26       | Essen I<br>Essen II<br>Essen III                            | (88) a) Busch, Kurt<br>Oberstadtdirektor<br>(89) b) Dr. Schmidt,<br>Johannes Werner<br>Stadtdirektor<br>(90) | Stadtverwaltung<br>Porscheplatz 1<br>45121 Essen                   | 1. (0201) 8 81<br>2. 8 57 730<br>3. (0201) 88 52 09                |
| 27       | Recklinghausen I<br>Recklinghausen II –<br>Borken I         | (91) a) Noetzel, Ulrich<br>Oberkreisdirektor<br>(92) b) Boltz, Hanns-Joachim<br>Kreisdirektor                | Kreisverwaltung<br>Kurt-Schumacher-Allee 1<br>45657 Recklinghausen | 1. (02361) 5 31<br>2. 8 29 822<br>3. (02361) 53 32 91              |
| 28       | Gelsenkirchen I<br>Gelsenkirchen II –<br>Recklinghausen III | (93) a) Dr. Bussfeld, Klaus<br>Oberstadtdirektor<br>(94) b) Kestermann-Kuschke,<br>Vera<br>Stadträtin        | Stadtverwaltung<br>Hans-Sachs-Haus<br>45875 Gelsenkirchen          | 1. (0209) 16 91<br>2. 8 24 788<br>3. (0209) 1 69 35 26             |
| 29       | Bottrop –<br>Recklinghausen IV                              | (95) a) Löchelt, Ernst<br>Oberstadtdirektor<br>b) Wallmann, Norbert<br>Stadtdirektor                         | Stadtverwaltung<br>Ernst-Wilczok-Platz 2<br>46215 Bottrop          | 1. (02041) 24 70<br>2. 8 579 421<br>3. (02041) 2 47 32 80          |
| 30       | Borken II   | (96) a) Pingel, Raimund<br>Oberkreisdirektor<br>b) Dr. Voßkühler, Rudolf<br>Kreisdirektor                    | Kreisverwaltung<br>Burloer Str. 93<br>46322 Borken                 | 1. (02861) 8 20<br>2. 8 13 331<br>3. (02861) 6 33 20               |
| 31       | Coesfeld-Steinfurt I  | (97) a) Pixa, Hans<br>Oberkreisdirektor<br>b) Silderhuis, Ludwig<br>Kreisdirektor                            | Kreisverwaltung<br>Friedrich-Ebert-Str. 7<br>48653 Coesfeld        | 1. (02541) 1 80<br>2. 2 54 122<br>3. (02541) 8 25 66               |
| 32       | Steinfurt II  | (98) a) Dr. Hoffschulte, Heinrich<br>Oberkreisdirektor<br>b) Vogel, Johannes<br>Ltd. Kreisrechtsdirektor     | Kreisverwaltung<br>Tecklenburger Str. 10<br>48563 Steinfurt        | 1. (02551) 6 90<br>2. 8 92 945<br>3. (02551) 6 92 40 0             |
| 33       | Münster   | (99) a) Dr. Pünder, Tilman<br>Oberstadtdirektor<br>b) Dr. Heinrichs, Wolf<br>Dezernent                       | Stadtverwaltung<br>Klemensstr. 10<br>48143 Münster                 | 1. (0251) 49 20<br>2. 8 92 618<br>3. (0251) 4 92 77 02             |
| 34       | Warendorf   | (100) a) Dr. Kirsch, Wolfgang<br>Oberkreisdirektor<br>b) Dr. Börger, Heinz<br>Kreisdirektor                  | Kreisverwaltung<br>Waldenburger Str. 2<br>48231 Warendorf          | 1. (02581) 5 30<br>2. 8 99 27<br>3. (02581) 53 24 52               |

| Lfd. Nr. | Bezeichnung und Nummer des Wahlkreises          | Name, Vorname und Amtsbezeichnung<br>a) des Kreiswahlleiters<br>b) des Stellvertreters                             | Dienststelle und Anschrift                                       | 1. Telefonanschluß<br>2. Fernschreibanschluß<br>3. Telefaxanschluß |
|----------|---|--|--|--|
| 35       | Gütersloh                                       | (101) a) Kozlowski, Günter<br>Oberkreisdirektor<br>b) Schulze Wessel, Leo<br>Kreisdirektor                         | Kreisverwaltung<br>Wasserstr. 14<br>33378 Rheda-Wieden-<br>brück | 1. (05242) 131<br>2. 5242821<br>3. (05242) 13296                   |
| 36       | Bielefeld                                       | (102) a) Dr. Hausmann, Volker<br>Oberstadtdirektor<br>b) Dr. Kramer, Johannes<br>Stadtdirektor                     | Stadtverwaltung<br>Niederwall 25<br>33602 Bielefeld              | 1. (0521) 511<br>2. 932823<br>3. (0521) 513380                     |
| 37       | Herford   | (103) a) Kreibohm, Henning<br>Oberkreisdirektor<br>b) Lerche, Sieghart<br>Kreisdirektor                            | Kreisverwaltung<br>Amtshausstr. 2<br>32051 Herford               | 1. (05221) 130<br>2. 934716<br>3. (05221) 13396                    |
| 38       | Minden-Lübbecke                                 | (104) a) Dr. Giere, Alfred<br>Oberkreisdirektor<br>b) Dr. Linkermann, Günter<br>Kreisdirektor                      | Kreisverwaltung<br>Portastr. 13<br>32423 Minden                  | 1. (0571) 8070<br>2. 97884<br>3. (0571) 8072700                    |
| 39       | Lippe I   | (105) a) Dr. Kauther, Helmut<br>Oberkreisdirektor<br>b) Dr. Brauße, Wolfgang<br>Ltd. Kreisverwaltungs-<br>direktor | Kreisverwaltung<br>Felix-Fechenbach-Str. 5<br>32754 Detmold      | 1. (05231) 620<br>2. 5231826<br>3. (05231) 622151                  |
| 40       | Höxter-Lippe II                                 | (106) a) Sellmann, Paul<br>Oberkreisdirektor<br>b) Höing, Franz-Josef<br>Kreisdirektor                             | Kreisverwaltung<br>Moltkestr. 12<br>37671 Höxter                 | 1. (05271) 610<br>2. 931736<br>3. (05271) 37926                    |
| 41       | Paderborn                                       | (107) a) Dr. Wansleben, Rudolf<br>Oberkreisdirektor<br>b) Köhler, Heinz<br>Kreisdirektor                           | Kreisverwaltung<br>Aldegrevestr. 10-14<br>33102 Paderborn        | 1. (05251) 3080<br>2. 936836<br>3. (05251) 308222                  |
| 42       | Hagen   | (108) a) Freudenberger, Dietrich<br>Oberstadtdirektor<br>b) Ludwig, Karl Josef<br>Stadtrat                         | Stadtverwaltung<br>Friedrich-Ebert-Platz 1<br>58095 Hagen        | 1. (02331) 2071<br>2. 823629<br>3. (02331) 2072473                 |
| 43       | Ennepe-Ruhr-Kreis I                             | (109) a) Scholle, Ute<br>Oberkreisdirektorin<br>b) Becker, Wolfgang<br>Kreisdirektor                               | Kreisverwaltung<br>Hauptstr. 92<br>58332 Schwelm                 | 1. (02336) 930<br>2. –<br>3. (02336) 932001                        |
| 44       | Bochum I<br>Bochum II –<br>Ennepe-Ruhr-Kreis II | (110) a) Dr. Dreher, Burkhard<br>Oberstadtdirektor<br>(111) b) Barbonus, Joachim<br>Stadtdirektor                  | Stadtverwaltung<br>Rathausplatz 2-6<br>44787 Bochum              | 1. (0234) 9100<br>2. –<br>3. (0234) 9103643                        |
| 45       | Herne   | (112) a) Dr. Kirchhof, Roland<br>Oberstadtdirektor<br>b) Drenseck, Heinrich-Peter<br>Stadtdirektor                 | Stadtverwaltung<br>Friedrich-Ebert-Platz 2<br>44623 Herne        | 1. (02323) 160<br>2. 8229872<br>3. (02323) 162100                  |
| 46       | Dortmund I<br>Dortmund II<br>Dortmund III       | (113) a) Dr. Koch, Hans-Gerhard<br>Oberstadtdirektor<br>(114) b) Schäfer, Wolfgang<br>Stadtdirektor<br>(115)       | Stadtverwaltung<br>Friedensplatz 1<br>44135 Dortmund             | 1. (0231) 500<br>2. 822287<br>3. (0231) 5022877                    |
| 47       | Unna I  | (116) a) Landwehr, Karl-Heinrich<br>Oberkreisdirektor<br>b) Achenbach, Gerd<br>Kreisdirektor                       | Kreisverwaltung<br>Friedrich-Ebert-Str. 17<br>59425 Unna         | 1. (02303) 270<br>2. 2303319<br>3. (02303) 271399                  |
| 48       | Hamm-Unna II                                    | (117) a) Dr. Kraemer, Dieter<br>Oberstadtdirektor<br>b) Hamerla, Hans-Joachim<br>Stadtdirektor                     | Stadtverwaltung<br>Theodor-Heuss-Platz 16<br>59065 Hamm          | 1. (02381) 171<br>2. 828656<br>3. (02381) 172971                   |

| Lfd.<br>Nr. | Bezeichnung<br>und Nummer<br>des Wahlkreises          | Name, Vorname und<br>Amtsbezeichnung<br>a) des Kreiswahlleiters<br>b) des Stellvertreters | Dienststelle und<br>Anschrift                              | 1. Telefonanschluß<br>2. Fernschreibanschluß<br>3. Telefaxanschluß |
|-------------|---|---|--|--|
| 49          | Soest (118)   | a) Dr. Janning, Hermann<br>Oberkreisdirektor<br>b) Dr. Maas, Wolfgang<br>Kreisdirektor    | Kreisverwaltung<br>Hoher Weg 1-3<br>59494 Soest            | 1. (02921) 300<br>2. 84324<br>3. (02921) 302945                    |
| 50          | Hochsauerlandkreis (119)                              | a) Mühr, Egon<br>Oberkreisdirektor<br>b) Stork, Winfried<br>Kreisdirektor                 | Kreisverwaltung<br>Steinstr. 27<br>59870 Meschede          | 1. (0291) 940<br>2. 84874<br>3. (0291) 942425                      |
| 51          | Siegen-Wittgenstein I (120)                           | a) Forster, Karlheinz<br>Oberkreisdirektor<br>b) Schwarz, Winfried<br>Kreisdirektor       | Kreisverwaltung<br>Koblenzer Str. 73<br>57072 Siegen       | 1. (0271) 3330<br>2. 272353<br>3. (0271) 3332500                   |
| 52          | Olpe-Siegen-<br>Wittgenstein II (121)                 | a) Dr. Demmer, Franz<br>Oberkreisdirektor<br>b) Platz, Knut Friedrich<br>Kreisdirektor    | Kreisverwaltung<br>Danziger Str. 2<br>57462 Olpe           | 1. (02761) 811<br>2. 876475<br>3. (02761) 81343                    |
| 53          | Märkischer Kreis I (122)<br>Märkischer Kreis II (123) | a) Dr. Schneider, Bernhard<br>Oberkreisdirektor<br>b) Rolland, Michael<br>Kreisdirektor   | Kreisverwaltung<br>Heedfelder Str. 45<br>58509 Lüdenscheid | 1. (02351) 670<br>2. –<br>3. (02351) 671314                        |

– MBl. NW. 1994 S. 477.

## Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

### Verzeichnis der Untersuchungsstellen nach § 3 Abs. 2 und 5 Klärschlammverordnung (AbfKlärV) vom 15. April 1992

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft v. 8. 3. 1994 -  
IV A 2 - 890 - 25959

Das mit RdErl. v. 3. 11. 1993 (MBl. NW. S. 1811) veröffent-  
lichte Verzeichnis der Untersuchungsstellen nach § 3 Abs. 2  
und 5 AbfKlärV wird wie folgt ergänzt:

#### - Gruppe 3 (Klärschlamm)

Untersuchungsparameter: Polychlorierte Dibenzodioxine  
(PCDD), Polychlorierte Dibenzofurane (PCDF)

Chemisches Laboratorium  
Dr. E. Weßling GmbH  
Oststr. 2  
48341 Altenberge

UHTEC KG  
Institut für Umwelt-Analytik  
Dipl.-Ing. H. J. Uphoff KG  
Kampenwandstr. 100  
83229 Aschau im Chiemgau

Hygienisch-Bakteriologisches Institut Bielefeld  
Jakobuskirchplatz 3  
33604 Bielefeld

IUTA  
Institut für Umwelttechnologie und  
Umweltanalytik e.V. der Uni Duisburg  
Bliersheimer Str. 60  
47229 Duisburg

Krupp Forschungsinstitut  
Analysen und Prüftechnik  
Münchner Str. 100  
45145 Essen

Rheinisch-Westfälischer  
Technischer Überwachungsverein  
Langemarckstr. 20  
45141 Essen

Hygiene-Institut des Ruhrgebiets  
Rotthausenstr. 19  
45879 Gelsenkirchen

Natec  
Institut für naturwissenschaftliche  
und technische Dienste GmbH  
Behringstraße 154  
22763 Hamburg

Landwirtschaftliche Untersuchungs-  
und Forschungsanstalt Hameln  
Finkenborner Weg 1a  
31787 Hameln

Technischer Überwachungsverein  
Hannover/Sachsen-Anhalt e.V.  
Loccumer Straße 63  
30519 Hannover

RWE-Energie AG  
Goldenberg-Werk  
Hauptlaboratorium Goldenbergwerk  
50354 Hürth

Institut Fresenius GmbH  
Labor Ingelheim  
Hamburger Str. 1  
55218 Ingelheim

Landwirtschaftliche Untersuchungs-  
und Forschungsanstalt Kiel  
Gutenbergstraße 75-77  
24116 Kiel

NUD Noell  
Umweltdienste GmbH  
Hanseatenstraße 39  
30853 Langenhagen

Gesellschaft für Arbeitsplatz-  
und Umweltanalytik mbH  
Otto-Hahn-Straße 22  
48161 Münster

Universität-GH Paderborn  
Dioxin Labor  
Fachgebiet 13  
Warburger Str. 100  
33098 Paderborn

- MBl. NW. 1994 S. 482.

## Ministerium für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft

### Tag der Umwelt am 5. Juni 1994

RdErl. d. Ministeriums für Umwelt, Raumordnung  
und Landwirtschaft  
v. 8. 3. 1994 - I C 4 - 56.30

Der durch die Vereinten Nationen proklamierte „Tag der  
Umwelt“ am 5. Juni jeden Jahres soll auch 1994 im Land  
Nordrhein-Westfalen in angemessener Form begangen  
werden. Nach dem Gem. RdErl. v. 13. 4. 1973 (SMBl. NW. 283)  
sollen an diesem Tag besondere Aktivitäten der öffentli-  
chen Hand dazu dienen, die Bevölkerung über die Umwelt-  
problematik und -verbesserung zu informieren und zu ei-  
genem Engagement zu motivieren. Das Schwergewicht soll  
deshalb auf örtlichen Aktivitäten liegen. Der „Tag der Um-  
welt“ ist in diesem Jahr von den Umweltministerinnen und  
-ministern und Umweltsenatorinnen und -senatoren aus  
Bund und Ländern unter das Motto

**„Umweltschutz lebt vom Mitmachen:  
Reden ist gut - Handeln ist besser“**

gestellt worden. Die behördlichen Aktivitäten können al-  
lerdings auch über das Motto hinausgehen.

Für die Bezirksregierungen sollte der „Tag der Umwelt“  
besonderer Anlaß sein, noch einmal in geeigneter Weise  
auf die Einrichtung des „Grünen Telefons“ hinzuweisen.

Alle Behörden und Einrichtungen des Landes, die Ge-  
meinden und Gemeindeverbände sowie die Körperschaf-  
ten des öffentlichen Rechts werden gebeten, die Bedeutung  
dieses Tages durch entsprechende Aktivitäten hervorzu-  
heben.

Dieser RdErl. ergeht im Einvernehmen mit dem Chef der  
Staatskanzlei, dem Innenministerium, dem Ministerium  
für Wirtschaft, Mittelstand und Technologie, dem Ministe-  
rium für Arbeit, Gesundheit und Soziales, dem Ministerium  
für Stadtentwicklung und Verkehr und dem Ministerium  
für Bauen und Wohnen.

- MBl. NW. 1994 S. 482.

**Landschaftsverband Rheinland****Jahresrechnung 1992**

Bek. d. Landschaftsverbandes Rheinland  
v. 2. 3. 1994 – 06.00 – 025 – 00/3

Die Landschaftsversammlung Rheinland hat am 17. 2. 1994 folgenden Beschluß gefaßt:

„1. Die Landschaftsversammlung nimmt den Schlußbericht des Rechnungsprüfungsausschusses über die Prüfung der Jahresrechnung 1992 zur Kenntnis.

Die Jahresrechnung schließt wie folgt ab:

|                     |                     |
|---------------------|---------------------|
| Einnahmen insgesamt | 6 352 424 506,38 DM |
| Ausgaben insgesamt  | 6 352 424 506,38 DM |
| Fehlbetrag          | 0,00 DM             |

2. Die Landschaftsversammlung erteilt gemäß § 7 (1) Buchstabe e) und § 25 (2) LVerbO in Verbindung mit § 81 GO NW für die Jahresrechnung 1992 Entlastung.“

Der vorstehende Beschluß wird hiermit gemäß § 81 (2) der Gemeindeordnung für das Land Nordrhein-Westfalen in Verbindung mit § 25 (2) der Landschaftsverbandsordnung für das Land Nordrhein-Westfalen und § 14 der Hauptsatzung des Landschaftsverbandes Rheinland öffentlich bekannt gemacht.

Die Jahresrechnung 1992 mit Rechenschaftsbericht liegt zur Einsichtnahme montags bis freitags in der Zeit vom 25. 4. bis 3. 5. 1994, jeweils von 9 bis 16 Uhr, im Landeshaus Köln-Deutz, Kennedy-Ufer 2, Zimmer 349, öffentlich aus.

Köln, den 2. März 1994

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland  
In Vertretung  
Esser

– MBl. NW. 1994 S. 483.

**Landschaftsverband Rheinland  
Landschaftsverband Westfalen-Lippe**

**Bildung der  
10. Landschaftsversammlung Rheinland  
und der  
10. Landschaftsversammlung Westfalen-Lippe**

**Reservelisten**

Gem. Bek. d. Landschaftsverbände Rheinland  
und Westfalen-Lippe  
v. 10. 3. 1994 – 06.00 – 025 – 00/3

Das Wahlverfahren zur Bildung der Landschaftsversammlung ist in § 7a Landschaftsverbandsordnung (LVerbO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 27. August 1984 (GV. NW. S. 544), zuletzt geändert durch Artikel 11 des Rechtsbereinigungsgesetzes v. 6. Oktober 1987 (GV. NW. S. 342), – SGV. NW. 2022 – geregelt.

Der Innenminister NW hat durch RdErl. v. 2. 8. 1984 (SMBl. NW. 2022) für das Verständnis des § 7a LVerbO erforderliche Erläuterungen und Klarstellungen gegeben.

Gemäß Ziffer 5b des vorgenannten Erlasses sind die Landschaftsverbände gehalten, die für das jeweilige Gebiet der Landschaftsverbände zuständigen Landesleitungen der Parteien und Wählergruppen rechtzeitig in geeigneter Form auf den Zeitraum der Wahl hinzuweisen.

Demzufolge wird zur termingerechten Abwicklung der Wahlangelegenheiten über nachstehende Punkte informiert:

**1 Allgemeines**

Die Vertretungen der Mitgliedskörperschaften der Landschaftsverbände (kreisfreie Städte und Kreise) wählen die Mitglieder der Landschaftsversammlung. Nach dem Wahlverfahren hat jedes Mitglied der Ver-

tretung hierfür zwei Stimmen, eine Erststimme für die Wahl der auf die Mitgliedskörperschaft entfallenden Mitglieder und Ersatzmitglieder sowie eine Zweitstimme für die Wahl der für das Gebiet des betreffenden Landschaftsverbandes aufgestellten Reservelisten der Parteien und Wählergruppen.

**2 Reservelisten****2.1 Einreichungsfrist**

Die Reservelisten sind gemäß § 7a Abs. 5 LVerbO von den für das Gebiet der Landschaftsverbände zuständigen Landesleitungen der Parteien und Wählergruppen, die in mindestens einer der Vertretungen der Mitgliedskörperschaften vertreten sind,

**bis spätestens 7. November 1994**

**T.**

beim Direktor des jeweils betreffenden Landschaftsverbandes einzureichen.

Anschriften:

Direktor des  
Landschaftsverbandes Rheinland  
Kennedy-Ufer 2  
– Landeshaus –  
50679 Köln

Direktor des  
Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe  
Freiherr-vom-Stein-Platz 1  
– Landeshaus –  
48147 Münster

**2.2 Reservelisten-Vordrucke**

Die Reservelisten sind unter Verwendung einheitlicher Vordrucke bei den Landschaftsverbänden einzureichen. Die Reservelistenvordrucke werden auf Anforderung vom jeweiligen Landschaftsverband zur Verfügung gestellt.

**2.3 Aufstellung der Reservelisten**

2.3.1 Die Reservelisten können sowohl vor als auch nach den Allgemeinen Kommunalwahlen aufgestellt werden. Sie können während der Wahlperiode nicht mehr geändert oder ergänzt werden. Die Parteien und Wählergruppen sind zu einer demokratisch legitimierten innerparteilichen Bewerberaufstellung für die Reservelisten verpflichtet. Unbeschadet weiterer Regelungen für das Aufstellungsverfahren durch Satzungen der Parteien und Wählergruppen hat die Aufstellung gemäß § 17 des Parteiengesetzes in geheimer Abstimmung zu erfolgen (vgl. Ziffer 4 Runderlaß des Innenministers vom 2. 8. 1984).

**2.3.2 Voraussetzung für Benennung von Reservistenbewerbern**

Über die Reservelisten sind für das jeweilige Gebiet eines Landschaftsverbandes wählbar (vgl. § 7a Abs. 1 LVerbO):

- a) Mitglieder der Vertretungen der Mitgliedskörperschaften (kreisfreie Städte und Kreise) und der kreisangehörigen Gemeinden,
- b) Beamte, Angestellte und Arbeiter der Mitgliedskörperschaften (kreisfreie Städte und Kreise) und der kreisangehörigen Gemeinden,
- c) auf Reservelisten für die Allgemeinen Wahlen zu den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften (kreisfreie Städte und Kreise) benannte Bewerber; die Benennung auf einer Reserveliste in einer kreisangehörigen Gemeinde reicht nicht aus.

**2.4 Wahl der Reservelisten durch die Vertretungen der Mitgliedskörperschaften (kreisfreie Städte und Kreise)**

Die Reservelisten unterliegen der Wahl durch die Vertretungen der Mitgliedskörperschaften (Zweitstimme). Klarstellende Erläuterungen sind dem Runderlaß des Innenministers unter Ziffer 6c zu entnehmen.

## 2.5 Funktion der Reserveliste

Die Reserveliste kommt zum Tragen beim:

- a) sog. „Verhältnisausgleich“ (Rückbezug auf die Allgemeinen Wahlen zu den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften – vgl. § 7 a Abs. 4 LVerbO), an dem nur solche Parteien und Wählergruppen teilnehmen, die mindestens 5 v. H. der bei den Allgemeinen Wahlen zu den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften insgesamt abgegebenen gültigen Stimmen erzielt haben,
- b) Nachrückverfahren für ein ausgeschiedenes Ersatzmitglied eines Direktkandidaten (§ 7 a Abs. 6 Satz 2),
- c) Nachrückverfahren für einen über die Reserveliste gewählten bzw. nachgerückten Kandidaten (§ 7 a Abs. 6 Satz 3).

## 3 Wahltermin (-zeitraum) in den Mitgliedskörperschaften

Die Wahl in den Vertretungen der Mitgliedskörperschaften kann frühestens am 9. November 1994 und muß spätestens bis zum 28. November 1994 durchgeführt werden (vgl. Ziffer 5 Runderlaß des Innenministers).

Köln, den 10. März 1994

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Rheinland  
Dr. Fuchs

Münster, den 10. März 1994

Der Direktor  
des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe  
Dr. Scholle

– MBl. NW. 1994 S. 483.

**Einzelpreis dieser Nummer 4,40 DM**  
zuzügl. Porto- und Versandkosten

Bestellungen, Anfragen usw. sind an den A. Bagel Verlag zu richten. Anschrift und Telefonnummer wie folgt für

**Abonnementsbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (02 11) 96 82/238 (8.00–12.30 Uhr), 40237 Düsseldorf

Bezugspreis halbjährlich 81,40 DM (Kalenderhalbjahr). Jahresbezug 162,80 DM (Kalenderjahr), zahlbar im voraus. Abbestellungen für Kalenderhalbjahresbezug müssen bis zum 30. 4. bzw. 31. 10., für Kalenderjahresbezug bis zum 31. 10. eines jeden Jahres beim A. Bagel Verlag vorliegen.

Reklamationen über nicht erfolgte Lieferungen aus dem Abonnement werden nur innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Erscheinen anerkannt.

**In den Bezugs- und Einzelpreisen ist keine Umsatzsteuer i. S. d. § 14 UStG enthalten.**

**Einzelbestellungen:** Grafenberger Allee 100, Tel. (02 11) 96 82/241, 40237 Düsseldorf

Von Vorabesendungen des Rechnungsbetrages – in welcher Form auch immer – bitten wir abzusehen. Die Lieferungen erfolgen nur aufgrund schriftlicher Bestellung gegen Rechnung. Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Ministerialblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer beim A. Bagel Verlag vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

Herausgeber: Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Haroldstraße 5, 40213 Düsseldorf  
Herstellung und Vertrieb im Namen und für Rechnung des Herausgebers: A. Bagel Verlag, Grafenberger Allee 100, 40237 Düsseldorf  
Druck: TSB Tiefdruck Schwann-Bagel, Düsseldorf und Mönchengladbach

ISSN 0177-3569